

PRESSEUNTERLAGE

zum Pressegespräch der Österreichischen Universitätenkonferenz am 18. Dezember 2013

Teilnehmer:

Rektor Heinrich Schmidinger, Präsident der Universitätenkonferenz

Elisabeth Fiorioli, Generalsekretärin der Universitätenkonferenz

Thema: „Nach dem Sündenfall: Die Zukunft der Universitäten im Wirtschaftsministerium“

Nach mehr als vier Jahrzehnten wurden Österreichs Universitäten in der Nacht auf Freitag, den 13. Dezember, mit der Ankündigung konfrontiert, dass ihnen mit der Verschiebung des Wissenschaftsressorts ins Wirtschaftsministerium der natürliche Ansprechpartner abhandenkommt. Die Universitätenkonferenz (uniko) hat sich bereits beim erstmaligen Auftauchen dieser Gerüchte im Zuge der Koalitionsgespräche vehement gegen derartige Pläne gewehrt und bis vor der Angelobung versucht, ein Umdenken bei den Spitzen der Republik herbeizuführen. Mit Bestürzung und großem Bedauern müssen die Rektorinnen und Rektoren feststellen, dass die Verantwortlichen in der Politik in diesem Fall rationale Überlegungen und Notwendigkeiten bedenkenlos in den Wind schlagen. Die uniko nimmt auch zur Kenntnis, dass – wie Bundespräsident Heinz Fischer am Montag via TV indirekt zu verstehen gab – eine Fusion zweier Ressorts nicht vergleichbar ist mit den „großen Existenzfragen“ der Republik – und daher keinen Anlass bietet, eine Regierung nicht anzugeloben.

Die Signalwirkung aus dieser jeder Sensibilität entbehrenden Entscheidung für das Selbstverständnis der wissenschaftlichen Community in Österreich wurde von der Bundesregierung ganz offensichtlich unterschätzt, wie die Proteste auf den Straßen beweisen, weshalb das windschiefe „gemeinsame Dach“ für Wirtschafts- und Wissenschaftsagenden mit nicht überzeugenden Argumenten schöngeredet werden muss. In der Universitätenkonferenz werden – wie bei fast allen Partnerinstitutionen – derzeit die Konsequenzen dieses „Sündenfalls“ des Kabinetts Faymann II erwogen. Die Rektorate aller Universitäten sind dabei, sich auf die geänderte, ihnen zumeist fremde Situation einzustellen. Die uniko hält ausdrücklich fest, dass sich der Protest gegen den Verlust des eigenständigen Wissenschaftsministeriums nicht gegen den neuen Ressortverantwortlichen, Bundesminister Reinhold Mitterlehner, richtet. „Wir sind selbstverständlich bereit, die ausgestreckte Hand zu ergreifen und bei nächster Gelegenheit die Möglichkeit für ein Gespräch nützen“, hält uniko-Präsident Heinrich Schmidinger fest.

Koalitionspakt: Allgemeinplätze im Wissenschaftskapitel

Bedauerlicherweise nimmt sich der Koalitionspakt beim Kapitel Wissenschaft eher dürr aus und ist – wie schon frühere Regierungsprogramme – dadurch gekennzeichnet, dass der Kompromiss der unterschiedlichen Ideologien der Regierungspartner durch Allgemeinplätze und schwammige Absichtserklärungen vorweggenommen wird. Ein Ansatz, die nötigen Reformen für die prekären Rahmenbedingungen der Universitäten mit konkreten Ansagen in die Tat umzusetzen, ist nicht erkennbar. Wenig Hoffnung macht selbst das neuerliche Festschreiben des Zieles, bis 2020 zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die tertiäre Bildung aufzuwenden, wenn gleichzeitig keine Angaben für die dazugehörige rechtlich verbindliche „Roadmap“, sprich ein konkretere Finanzierungsfahrplan für eine jährliche Aufstockung des Universitätsbudgets, gemacht werden.

Die Universitätenkonferenz hat der Bundesregierung bereits vor der Nationalratswahl einen Zehn-Punkte-Katalog präsentiert, den es umzusetzen gilt, damit Österreichs Universitäten in den kommenden Jahren ihrer Rolle und den gesellschaftlichen Erwartungen an sie gerecht werden. Dies bedeutet - allem voran - die Stärkung der Universitätsautonomie und die Sicherstellung einer hinreichenden Budgetierung. Diese ist auch die Grundvoraussetzung, um die Studienplatzfinanzierung weiterzuentwickeln, die aus dem derzeitigen Stadium eines bloßen Verteilungsmodells mit nach wie vor bestehenden Kapazitätsengpässen herausgeführt werden muss. „Wenn Bundesminister Mitterlehner sich an sein Versprechen hält, die Freiheit der Wissenschaft, die Unabhängigkeit der Grundlagenforschung und die Autonomie der Universitäten zu respektieren, dann wird es auch mit der uniko eine von gegenseitigem Vertrauen getragene konstruktive Beziehung geben“, kündigt Präsident Schmidinger an.